

Birgit Sippel

für Südwestfalen & NRW im Europäischen Parlament



birgitsippel.de

NEWSLETTER

Themen der Plenarwoche Montag, 12.09. – Donnerstag, 15.09.2022

Energiefreundlichen Umbau von Gebäuden vorantreiben

Richtlinie; Debatte am Montag, 12. September, ab 17 Uhr, Abstimmung am Dienstag, 13. September, 12 bis 13 Uhr.

„Energieeffizienz zuerst“- Die neue Richtlinie sieht vor, dieses Prinzip in diversen Bereichen zu verankern, zum Beispiel mit einer Renovierungswelle im Gebäudesektor. Pro Jahr sollen laut Entwurf drei Prozent aller öffentlicher Gebäude in der EU energetisch saniert werden. Als Teil des EU-Klimapakets Fit for 55 wollen EU-Parlament und Kommission mit der Gesetzgebung ein höheres verbindlicheres Energieeffizienzziel für Endenergie- und Primärenergieverbrauch erreichen. Energieeffizienz soll auch Kriterium für die Vergabe öffentlicher Ausschreibungen werden. Wir Sozialdemokrat*innen haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Renovierungsziele und damit verbundenen Kosten nicht auf Mieter*innen von Sozialwohnungen umgelegt werden dürfen. Energetische Quartierslösungen, die zum Beispiel im Modellprojekt der Stadt Bottrop erfolgreich angewendet wurden, wurden auf Drängen der Europa-SPD in den Abstimmungstext integriert. Sogenannte Klimaschutzsiedlungen sollten künftig ein wesentlicher Bestandteil von Städtebauplanung und Bestandssanierung sein, um die Gebäudeenergieeffizienz ganzer Stadtviertel zu verbessern.

Zur Lage der Union - solidarisch gegen die Energiepreiskrise

Stellungnahme von Rat und Kommission zur europäischen Antwort auf die Preisexplosion bei Energie, 13. September, 15 - 22 Uhr

Rede der EU-Kommissionspräsidentin sowie Hauptdebatte am 14. September 2022, 9 Uhr - 11.50 Uhr

Der Energiekrise-Winter wird zum Solidaritäts- und Stresstest für die EU. Kommission und Mitgliedstaaten müssen die nächste Heizperiode sichern und die Europäer*innen vor Engpässen schützen. Die Preisexplosion erfordert durchdachte Markteingriffe, die EU-Bürger*innen entlasten. Wir können nicht zulassen, dass die Energiekrise zu steigender Armut in Europa führt. Von der EU-Kommission fordern wir eine klare Strategie, die dem entgegenwirkt. Die aktuellen Herausforderungen verlangen eine handlungsfähige EU und daher Mehrheitsentscheidungen auch in der Außenpolitik. So hat es Olaf Scholz auch in seiner Prager Rede ausgeführt. Von der Leyen muss jetzt ihr Versprechen, sich dafür einzusetzen, umsetzen. Rechtsstaatssünder wie Viktor Orbán dürfen die europäische Agenda nicht blockieren. Die Kommission sollte den Weg einer erweiterten Kooperation in der Frage der multinationalen Besteuerung prüfen - in einer Zeit von steigenden Kosten müssen wir erst Recht Steuergerechtigkeit fördern. Der Ruf nach einem starken, sozialen und gerechten Europa, das seinen Umbau zur klimaneutralen Wirtschaft nicht aus den Augen verliert, wurde auch während der Bürger*innen-Konferenz zur Zukunft Europas laut. Von der Leyens Kommission muss dem nachkommen.

Mindestlohn - sozialpolitische Kehrtwende der EU

Richtlinie; Debatte am 13. September, 13 -15 Uhr, Abstimmung am Mittwoch, 12 -13 Uhr.

Verkäufer*innen, Paketzusteller*innen oder Pflege-Beschäftigte halten unsere Gesellschaft am Laufen, sind aber derzeit oft nicht in der Lage, die explodierenden Lebensmittel- und Energiepreise zu bezahlen. Heute kämpfen laut Eurostat mehr als zwei Drittel der Mindestlohn-Empfänger*innen darum, über die Runden zu kommen. Künftig werden endlich angemessene Mindestlöhne für Millionen greifen - ein Erfolg für die europäischen Beschäftigten und Europas Sozialdemokratie. Die Richtlinie, über die das Plenum am Dienstag, 13. September, final entscheidet, kann zudem mittelfristig dazu beitragen, Tarifbindung zu stärken und auch so für bessere Einkommen sorgen. Nach der Verabschiedung mit einer Mehrheit im Plenum hätten die EU-Mitgliedstaaten zwei Jahre Zeit, die EU-Richtlinie über angemessene Mindestlöhne in nationales Recht umzusetzen.

Geschäftsmodell Entwaldung stoppen

Verordnung; Debatte am 12. September 2022, 17-22 Uhr,

Abstimmung am 13. September 2022, 12- 13 Uhr.

Mit dem EU-Entwaldungsgesetz soll Geschäftsmodellen, die auf der Zerstörung von Wäldern basieren, ein Riegel vorgeschoben werden. In Zukunft müssen Unternehmen, die Produkte auf den EU-Markt bringen wollen, Verantwortung für ihren Umwelt-Fußabdruck übernehmen. Per GPS-Koordinaten sollen sie künftig genau nachweisen müssen, woher ihre Produkte stammen, Informationen über Entwaldungsrisiken und damit verbundene Menschenrechtsverletzungen in ihren Lieferketten sammeln und dagegen tätig werden. Sonst drohen Strafen und ein Ausschluss vom Markt.

Bisher umfasst der Verordnungs-Entwurf der Kommission Lieferketten für Fleischprodukte, Leder, Kakao, Kaffee, Palmöl, Soja und Holz. Der Anbau von Mais und Kautschuk ist laut Studien ebenfalls ein Treiber globaler Entwaldung. Daher hat das EU-Parlament gegen große Widerstände der betroffenen Industrien darauf hingearbeitet, dass die Verordnung um diese Produkte ergänzt wird – mit Änderungsanträgen dazu ist zu rechnen. Auch die Lederlobby läuft gegen die Aufnahme von Leder in den Text Sturm. Nach Wunsch des Europäischen Parlaments sollen auch Banken als Financiers von Entwaldungsaktivitäten Sorgfaltpflichten auferlegt werden. Hierzu werden Änderungsanträge der Christdemokraten erwartet, um dies zu verhindern. Nach einer Zustimmung des Plenums kann der Bericht die Grundlage werden für weitere Verhandlungen mit Rat und EU-Kommission im Herbst.

Reihe „This is Europe“ - Austausch mit finnischer Premierministerin Sanna Marin

Debatte mit Rat und Kommission am 13. September, 10.30 - 11.50 Uhr im Plenum.

Mehr Ambition für erneuerbare Energie

Richtlinie; Debatte am 13. September, 13 - 15 Uhr, Abstimmung am 14. September, 12.30 Uhr

Das Europäische Parlament fordert ein ambitioniertes Ausbauziel von 45 Prozent erneuerbaren Energien bis 2030 und stellt sich damit, anders als der Rat, entschlossen hinter die EU-Klimaziele. Die Abhängigkeit von russischem Gas und steigenden Energiepreisen machen den zügigen Ausbau nicht-fossiler Energien unabdingbar. Zur weiteren CO₂-Einsparung soll die Industrie 50 Prozent erneuerbaren Wasserstoff bis 2030, und 70 Prozent bis 2035, einsetzen. Die Kommission hat die Vorlage der Grünstromkriterien zur Produktion von erneuerbarem Wasserstoff lange verschleppt, das muss sich jetzt ändern. Dabei dürfen die Regeln den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft nicht behindern.

Klimagesetz umsetzen, soziale Folgen von Extremwetter mindern

Resolution; Debatte am 13. September, 9 - 10.30 Uhr, Abstimmung am 15. September 12 bis 14 Uhr.

Der Hitze-Sommer in Europa hat nicht nur Wälder, sondern auch Existenzgrundlagen zerstört. Die Klimakrise ist längst spürbar. Die Umsetzung der EU-Klimaziele drängt und ist Gesetz: Bis 2030 wollen wir in der EU mehr als die Hälfte des Treibhausgas-Austoßes senken. Neben der Reform des Emissionshandels und dem Ausbauziel für Erneuerbare Energien sind weitere Gesetze in der Verhandlung. Doch die EU-Kommission muss alle Initiativen aus dem europäischen Green Deal ausarbeiten – und darüber hinaus das soziale Europa hoch auf die Agenda setzen. Nicht nur die Energiepreise, sondern auch die Lastenteilung, die im Sinne des Klimaschutzes notwendig ist, macht Umverteilung und soziale Absicherung unabdingbar für den Erfolg der sozial-ökologischen Wende. Europa kann sich keine gesellschaftliche Zerreißprobe erlauben – Klimaneutralität erreichen wir nur, wenn wir niemanden zurücklassen.

Kontakt: Europabüro Birgit Sippel MdEP
59494 Soest; Ulricherstraße 27

Mail: europa@birgit-sippel.de
Tel.: 02921/5991750